

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.

S C H W E R I N

April 2013

Linksfraktion startet Initiativen in den Bereichen Soziales, Kinder und Jugend

Nach den heißen Diskussionen um Haushalt und Streichliste folgte eine vergleichsweise harmonische Aprilsitzung. Allerdings sahen die Stadtvertreter zu zahlreichen Anträgen Beratungsbedarf und überwiesen insgesamt 13 Vorlagen zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse. Ob dies ein Trend wird, weil vor den anstehenden Bundestagswahlen strittige Themen nicht mehr entscheiden werden sollen, bleibt abzuwarten.

Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) optimaler einsetzen

Unabhängig von der grundsätzlichen Kritik der LINKEN und der großen Sozialverbände am hohen bürokratischen Aufwand und der mangelhaften Ausschöpfung der Gelder für das BuT, muss es auch in Schwerin darum gehen das zur Verfügung stehende Geld im Sinne der betroffenen Kinder möglichst optimal einzusetzen.

Darauf zielt der Antrag der LINKEN, den Erika Sembritzki begründete. Sie forderte die Verwaltungsspitze folgerichtig auf, durch Vereinfachungen im Antragsprozedere, die Übernahme auslernender Azubis für diesen Bereich und die Nutzung positiver Erfahrungen aus Erfurt oder Leipzig dafür zu sorgen, dass künftig mehr als die bislang erreichten 40% der zur Verfügung stehenden Mittel an die betroffenen Kinder ausgereicht werden. Erleichterungen verspricht sich die Verwaltungsspitze von der Einführung einer Bildungskarte. Auf der elektronischen Chipkarte werden die bewilligten Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für die anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen über ein virtuelles Konto „gutgeschrieben“.

Bei Vorlage der Bildungskarte können so die verschiedenen Leistungen unmittelbar bei einem Leistungserbringer wie beispielsweise einem Sportverein oder Essensanbieter abgefordert werden. Die Kostenabrechnung erfolgt zwischen Leistungsanbieter und dem Amt für Soziales und Wohnen.

Vierte anstehende KiföG Novelle

Im Juni 2013 soll der Landtag über die Novelle zum Kindertagesstättenförderungsgesetz entscheiden. Das Vorhaben enthält durchaus positive Ansätze, so sollen die Betreuungsschlüssel für die über 3-jährigen Kinder von derzeit 1 zu 17 (1 Erzieherin betreut 17 Kinder) auf 1 zu 16 (2013/2014) und 1 zu 15 (2014/2015) sinken.

Darüber hinaus wird der Mindestlohn von 8,50 € Eingang ins Gesetz finden und die Elternentlastung im Krippenbereich gesetzlich festgeschrieben werden. Allerdings gibt es auch bei der neuen Novelle zahlreiche Mängel, worauf Peter Brill und Henning Foerster in der Debatte verwiesen. Da der Landesanteil für die Finanzierung der Plätze gedeckelt ist, müssen entstehende Mehrkosten durch die Stadt und die Eltern finanziert werden.

Schon jetzt gibt es Engpässe, z.B. beim Ausfall von Erzieherinnen durch Urlaub, Krankheit oder Weiterbildungen. Dies führt auch dazu, dass die so genannte „mittelbare pädagogische Arbeit“ (Dokumentation der Kindesentwicklung, Vor- und Nachbereitung der Arbeit mit den Kindern) zu kurz kommt. Zudem erwarten die Eltern von Krippenkindern, dass auch der Betreuungsschlüssel für die Jüngsten angepasst wird. Dies alles erfordert natürlich mehr Geld. Da könnte es schon helfen, wenn die auf MV entfallenden 25 Millionen € für das unsinnige Betreuungsgeld für den Ausbau der Strukturen Verwendung finden könnten.

Unterstützung für die Initiative zur „essbaren Stadt“

Die Anregung von Bürgerinnen und Bürgern wurde durch die Stadtvertretung aufgenommen. Die Fachausschüsse beraten nunmehr darüber, ob Hecken und Beete im Stadtgebiet auch mit Nutzpflanzen besetzt werden können. Angedacht ist dies unter anderem in Innenhöfen von Plattenbausiedlungen, auch mit dem Ziel bürgerschaftliches Engagement zu stärken.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen? Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de
Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Linke fordert Sachstand zum Thema Hortbetreuung

Das Thema Hortsituation, insbesondere in der Innenstadt, ist ein Dauerbrenner. Da die geforderte Fortschreibung der Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten in Schwerin noch immer nicht vorlag, brachte Erika Sembritzki für DIE LINKE. einen Antrag ein, der den Stand der Anmeldungen für die einzelnen Grundschulstandorte, die Anzahl der realisierten Anträge und der Ablehnungen der Elterneinsprüche sowie Vorschläge der Verwaltung für weitere Betreuungsmöglichkeiten vom zuständigen Sozialdezernenten einfordert.

Spielplatzkonzeption beschlossen

Die Spielplatzkonzeption wurde von der Stadtvertretung bewilligt. Sie enthält auf der Basis einer Bevölkerungsprognose für die relevanten Altersgruppen sämtliche Instandsetzungs- und Neubauvorhaben in den einzelnen Stadtteilen.

DIE LINKE. hat beantragt, dass Bauvorhaben in der Paulsstadt noch einmal zu prüfen, da zwischen Rosa Luxemburg- und Gerhardt Hauptmann Straße eine städtische Fläche zur Verfügung steht, die zügiger zu einem Spielplatzneubau führen könnte, als das von der Verwaltung favorisierte Vorhaben im Hinterhof der Straße zum Bahnhof. Dort müsste im Blockinnenbereich erst eine Fläche angekauft werden.

Stärkung des Ehrenamtes zur kommunalen Gefahrenabwehr

Auch freiwillige Feuerwehren, DRK, DLRG oder THW haben mittlerweile große Probleme, Nachwuchs für ihre wichtigen, ehrenamtlichen Aufgaben zu gewinnen. Aus diesem Grund soll darüber diskutiert werden, ob im Rahmen von Stellenbesetzungsverfahren in der Verwaltung bei gleicher fachlicher Eignung der Bewerber, solche bevorzugt werden, die bereit sind sich ehrenamtlich im Bereich der Gefahrenabwehr zu engagieren.

Dabei ist insbesondere zu klären, ob die vorgeschlagene Maßnahme den Grundsätzen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes entspricht, um unnötige Klagen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu vermeiden.

Pflegestützpunkt kommt nun doch

Die Landeshauptstadt wird nun doch dem Anliegen von Behinderten- und Seniorenbeirat folgen und sich an der Errichtung eines unabhängigen Pflegestützpunktes beteiligen. Dieses Vorhaben war kontrovers diskutiert worden, zum einen wegen der zeitlich begrenzten Landesförderung, zum anderen aufgrund der schleppenden Inanspruchnahme solcher Stützpunkte anderenorts.

Auch die gesetzliche Verpflichtung der Krankenkassen zur Beratung ihrer Mitglieder bei eintretender Pflegebedürftigkeit spielte eine Rolle. Klar ist, Mehrkosten entstehen der Stadt nicht. Es kommt ein Pflegeberater zum Einsatz, den die Kranken- und Pflegekassen finanzieren. Die Stelle des Sozialberaters finanziert die Stadt mit Hilfe von Fördermitteln des Landes. Der Pflegestützpunkt wird im Stadthaus angesiedelt.

Wohnumfeldverbesserung Berliner Platz wird weiter in Frage gestellt

Wer dachte, die Diskussion um die künftige Gestaltung des Berliner Platzes sei mit den Haushaltsberatungen zu Ende, sieht sich nun getäuscht. Nachdem die informelle Koalition von schwarz-gelb und rot-grün plus unabhängige Bürger den ursprünglichen Umbauplan bereits auf den Bereich Hamburger Allee, Rostocker Straße, Treppe am Brunnen reduziert und mit der Vorgabe die Investitionssumme um mindestens 40% zu reduzieren verbunden hatte, soll nun die Aufgabe des Gesamtvorhabens geprüft werden.

Federführend ausgerechnet die SPD, die jüngst noch ihren Kanzlerkandidaten Steinbrück auffuhr um an gleicher Stelle den Stadtumbau Ost und die Notwendigkeit der Fortsetzung von Maßnahmen zur Sanierung, zum Umbau und zur Wohnumfeldverbesserung in Plattenbaugebieten zu unterstreichen. Gerd Böttger betonte, dass man die Stadtteile Dreesch, Mueßer Holz und Neu Zippendorf auch in Zukunft nicht vergessen dürfe, wenn es um die Aufwertung von Wohnquartieren geht.

Platz der Freiheit soll künftig auch an weitere Freiheitsbestrebungen erinnern

Seit Kriegsende trägt der ehemalige Moltke Platz seinen heutigen Namen. Er erhielt ihn vor dem Hintergrund der Befreiung der Deutschen vom Nationalsozialismus durch die Rote Armee.

Nun möchten SPD und Grüne, dass der Freiheitsbegriff erweitert wird. Künftig soll auch an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und die friedliche Wende in der DDR erinnert werden.

Dazu hat man eine Idee der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen aufgegriffen und möchte analog dem Vorgehen auf Landesebene einen Ideenwettbewerb an Schulen ausloben, der sich mit diesen geschichtlichen Ereignissen befasst. Am Ende soll ein Gedenkstein oder eine Gedenktafel an die Freiheitsbestrebungen der Schweriner erinnern.

Peter Brill erklärte, dass die LINKE die Gleichsetzung von DDR und 3. Reich entschieden ablehnt.

Kampfmittelbelastung im Ziegelsee weiter Thema

Um den Ziegelsee entwickelt sich ein völlig neues Wohngebiet. Investoren, die auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei tätig werden wollen, wandten sich nun an die Stadtvertretung.

Ihr Problem, die 1945 im Ziegelsee verklappte Kriegsmunition und die davon möglicherweise ausgehende Gefahr. Zu diesem Thema gab es bereits einen regen Schriftverkehr zwischen Stadt, Land und Bund. Demnach ist der Bund nur dann für die Beräumung zuständig, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen besteht. Diese wird dort augenblicklich nicht gesehen.

Die größere Gefahr geht derzeit wohl eher von einer besonderen Spezies von „Souvenirjägern“ aus, die in der Vergangenheit rechtswidrig versuchte, diese Waffen vom Grunde des Sees zu bergen. Das Thema wird nun erneut die Ausschüsse beschäftigen.